Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4789, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5982, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 520. Donnerstag, 23. Oktober 1919. Abend-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Die Verfolgung der elsässischen Nationalisten.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 22. Oktober.

Die Pariser Blätter beschäftigen sich in langen Telegrammen mit den zahlreichen Verhaftungen, die von französischen Militärbehörden in Straßburg vorgenommen wurden, und besonders mit der Angelegenheit eines gewissen Kiefer, der angeblich im Dienst der deutschen Regierung gestanden habe.

Beim „Temps" zufolge wurde bei Kiefer ein Scheck über 116000 Frank auf die Rheinische Kreditbank gefunden. Es sei erwiesen, daß Kiefer mit dem Vollzugskomitee der Neutralisten in Baden-Baden und besonders mit dem Grafen Rapp in enger Fühlung gestanden habe. Es sei ferner bekannt, daß weitere Mitglieder dieser Organisation, die ebenfalls bereits verhaftet sind, mit Berlin Beziehungen unterhielten. Die ganze Angelegenheit werde einen großen Umfang annehmen. Schon heute ist sicher, daß der Streik der Eisenbahner in Straßburg auf die Umtriebe der Neutralisten zurückzuführen sei. Die französischen Behörden würden in dieser Angelegenheit mit aller Energie vorgehen.

Auch andere Nachrichten lassen keinen Zweifel darüber, daß die französische Verwaltung entschlossen ist, ihre reaktionäre und arbeiterfeindliche Politik in Elsaß-Lothringen mit angeblich französentendenziösen Bestrebungen zu bemänteln. Schweizer Blätter veröffentlichen einen Brief aus Straßburg, der besonders auf die bedrohliche Bewegung in der Arbeiterschaft der Eisen-, Glas- und Kohlenwerke in Lothringen hinweist. 70% dieser Arbeiterschaft stamme aus Deutschland, aber die französische Regierung habe diese Arbeiterwaffen nicht abschieben können, ohne die völlige Stillegung der gesamten Lothringer Industrie befürchten zu müssen. Die französische Regierung scheine entschlossen zu sein, mit eisernem Besen zu kehren. Sie habe bereits zum Schlage ausgeholt und eine demokratische Zeitung in Metz auf über Wochen unterdrückt und zwei Chefredakteure eingekerkert. Indessen scheint man sich auch in bürgerlichen französischen Kreisen nicht der Erkenntnis zu verschließen, daß mit solchen Regierungsmethoden das Glück des Landes nicht gerade gefördert wird, und der Straßburger Korrespondent setzt dann seinen Bericht hinzu: „Wir möchten lediglich bezweifeln, daß die französische Regierung mit solchen Maßregeln das Richtige getroffen hat."

Daraus meldet aus Metz: Die Polizei verhaftete insgesamt etwa 100 Personen deutscher Nationalität aus den Industrieunternehmungen von Hagendingen, Rumelille und Romsdch. Sie wurden nach der Kaserne von Metz gebracht, von wo sie am Millwoch über die Kehler Brücke abgeschoben wurden. Die Verhaftungen sind, wie Havas behauptet, lediglich auf die letzten Streiks zurückzuführen, sondern auf die Agitation der deutschen Elemente in dieser Industriegegend gegen alles, was französisch ist.

„Einst und jetzt" in Elsaß-Lothringen.

Drahtmeldung.

Versailles, 22. Oktober.

Der Korrespondent des Pariser „Journal" hatte eine Unterredung mit dem früheren elsaß-lothringischen Staatssekretär Hauß, der unter anderem erklärte, er sei Anhänger der Neutralisation Elsaß-Lothringens gewesen. Er habe diese Neutralisation damals als eine Annäherungsmöglichkeit zwischen Frankreich und Deutschland betrachtet. Diese Lösung sei aber durch den französischen Sieg für immer unmöglich geworden, und er habe mit seinen Freunden offen und mit Freude die Rückkehr an Frankreich begrüßt, weil sie Englands hätten, unter ein wahrhaft demokratisches Regime zu kommen.

Damals hätten die Elsaß-Lothringer dieselben Rechte gehabt wie alle Bürger Deutschlands. Von Frankreich hätten sie aber mehr erwartet. Was sei ihnen statt dessen geboten worden? Elsaß-Lothringen habe Einbbüße des Volkes gehabt. Es hätte ihm und seinen Freunden als naheliegend geschienen, daß man sie über die zu ergreifenden Maßnahmen befragt hatte. Anstatt dessen habe man die gemäßigte Vertrauensmannschaft auseinandergetrieben, und die große Mehrheit der Gewählten sei systematisch als Ratgeber der neuen Macht vorgehalten worden. Das Budget für 1919 und 1920 ist durch die Regierung selbst festgesetzt worden, und dem Generalkommissar Millerand seien 30 Millionen zur Verfügung gestellt worden. „Wenn man früher dem Statthalter 10000 Fr. zur Verfügung gestellt hätte, ohne dem Genehmigung des Parlamente, wäre ein Konflikt ausgebrochen. Dieser offenbare Widerspruch zwischen den schönen Phrasen über die Freiheit, die man in allen Reden hörte, und den wahren Methoden der jetzigen Regierung hätte ein politisches Unbehagen hervorgerufen.

Dazu müsse man noch die in der Verwaltung durch unfähige Beamte begangenen Fehler und den Kampf gegen die deutsche Sprache im besonderen zählen, wenn man den jetzigen Geisteszustand im Elsaß verstehen wolle. Hauß erklärte zum Schluß, daß man die Verfassung nicht respektiert habe, und daß man das Land von Besitzern habe, die die Mentalität der Elsässer nicht begriffen. Er selbst wolle sich von der Politik, die ihm zuviel Angelegenheiten gebracht habe, zurückziehen.

Aufhebung von Ausweisungen aus Birkenfeld.

Der ausgewiesene Bürgermeister von Birkenfeld ist, nachdem der Ausweisungsbereich aufgehoben wurde, nach Birkenfeld zurückgekehrt und wurde wieder in sein Amt eingesetzt. Ebenso kehrte der ausgewiesene Gymnasialdirektor Binnebaßel nach Birkenfeld wieder zurück.

Frankfurt a. M., 22. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Birkenfeld, daß die in der Provinz Birkenfeld abgehaltenen Gemeindewahlen zum Sitze für die Vertreter politischen Parteien, und für die Unabhängigen und nur drei Sitze für die Republikaner, die Partei der Regierung Köller, ergeben haben.

Der Abtransport aus dem Baltikum.

Zunehmende Bereitwilligkeit der Truppen.

Ueber den Abtransport der Truppen liegen neue Nachrichten nicht vor. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen zwischen dem General Eberhardt und den litauischen Militärbefehlshabern doch noch zu einem guten Erfolge führen. Es wird dies jedenfalls sowohl von General Eberhardt und den ihm nachgeordneten Stellen, wie auch von anderen amtlichen deutschen Stellen aufs dringendste gewünscht.

Gestern wurde Mitteilung davon gemacht, daß von Thorn aus Offiziere und Mannschaften ausbrachen und über die russische Grenze zu gelangen versucht hätten. Glücklicherweise handelt es sich um nicht mehr als neun Offiziere und zweihundert Mann. Nach diesen Ausgebrochenen wird mit allen Mitteln gefahndet, und es wird versucht, den Uebergang über die Grenze zu verhindern. Im übrigen haben alle anderen Truppen sich davon überzeugen lassen, wie schädlich ein Verlassen der Fahne für sie selbst wie für ganz Deutschland wäre. Besonders hervorzuheben ist noch, daß das Detachement Roßbach sich nunmehr mit dem Abtransport einverstanden erklärt hat. Besten Ueberführung nach Marienwerder steht unmittelbar bevor.

Milderung der Ostseeblockade.

Versailles, 23. Oktober. Der Hüsserrat nahm Kenntnis von der Note der deutschen Regierung, betreffend die Zulassung von Fischerei- und Küstenschiffahrtsfahrzeugen im Baltischen Meer. Er beschloß, daß die Ueberwachung dieser Schiffe weniger streng durchgeführt werden soll.

Nach Nachrichten aus Lübeck ist die Lage im Hafen unverändert. Es ist heute nur ein schwedischer Dampfer mit Heringen eingelaufen. Ein deutscher Dampfer hat in Richtung auf Reval den Hafen verlassen, weil er amerikanische Güter an Bord hat und daher über einen Geleitschein des Verbandes verfügt.

Fünfzig Millionen Dollars für Koltschak.

Versailles, 23. Oktober. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" ist ein internationales Bankkonsortium gegründet worden, das der Regierung Koltschak in Omsk finanzielle Hilfe im Betrag von fünfzig Millionen Dollar gewähren will.

Denikins Vorgehen gegen ukrainische Einrichtungen.

R. Basel, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Denikin hat das ganze ukrainische Rote Kreuz aufgelöst, dessen Vermögen beschlagnahmt und dem russischen Roten Kreuz übergeben. Auch wurde seitens der Regierung Denikin den ukrainischen Schulen jede Unterstützung entzogen. Besonders scharf wird gegen die ukrainischen kooperativen Genossenschaften vorgegangen. Die größten kooperativen Verbände, Dnipro-sowuz und Ukrainbank, sind aufgelöst. Viele Mitglieder wurden verhaftet und 15 Mann von ihnen erschossen.

Die Verzögerung der Ratifikation.

A. Zürich, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Frage der Ratifikation des Friedensvertrages führt das „Journal des Débats" aus:

Die Vorgänge in Washington seien nicht hinreichend, die abermalige Verschiebung der Ratifikation zu erklären. Selbst wenn die Vereinigten Staaten in den Kommissionen nicht vertreten sein könnten, müßten viele doch sofort gebildet werden. Der Wunsch, daß der Friedensvertrag unverzüglich in Kraft trete, sei bei allen Völkern, besonders auch bei dem französischen zu groß, als daß sich die Regierungen unter dem Vorwand juristischer Spitzfindigkeiten diesem allgemeinen Verlangen weiterhin entziehen könnten.

Amsterdam, 22. Oktober. Die „Daily News" vom 20. wendet sich in einem Leitartikel scharf dagegen, daß aus formellen Gründen noch immer nicht mit der Durchführung des Friedensvertrages begonnen wird. Das Blatt schreibt:

Es ist jetzt beinahe drei Monate her, seit der Vertrag unterzeichnet wurde, und trotzdem sind die Alliierten noch nicht dazu vorbereitet, seine Bestimmungen auszuführen. Es sollte kein Zweifel darüber getäuscht werden, daß die offenbar beabsichtigte Verzögerung eine deutsche Weigerung des Vertrages selbst darstellen würde. Weder der Oberste Rat, noch irgend eine andere Körperschaft mit Ausnahme eines vollen Konklaves aller Unterzeichner ist dazu berechtigt, die Ausführung des Vertrages hinauszuschieben. Das Blatt verlangt, daß die Bestimmungen des Vertrages durchgeführt würden und der Völkerbund ins Leben gerufen werde, und daß die neuen Grundlagen für die Welt unverzüglich geschaffen würden. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht ratifiziert haben, sei zwar hinderlich, jene aber die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht außer Kraft.

Abänderung des Friedensvertrages mit Rumänien.

Französische Blätter berichten über eine bevorstehende Abänderung jener Klausel des Friedensvertrages mit Rumänien, die sich auf den Minoritätenschutz bezieht. Besonders Clemenceau und Lord Curzon sollen dafür eintreten. Man erwartet noch das letzte Wort Wilsons in dieser Frage.

Caillaux vor dem Staatsgerichtshof.

R. Basel, 23. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Agence Centrale" aus Paris berichtet, wird Caillaux heute zum ersten Male vor dem Staatsgerichtshof erscheinen. Als Vorsitzender ist Antonin Dubost tätig. Die Anklage vertritt Generalstaatsanwalt Lescouve, unterstützt durch Mornet und de Regnault. Die Verteidigung führen die Anwälte Demange, Moulet und Maro Giofferi.

d'Annunzio wirbt Freiwillige.

Versailles, 22. Oktober. Das „Südslawische Pressebureau" meldet aus Agram, daß die Italiener in Zara Freiwillige anwerben, die die Truppen d'Annunzios verstärken sollen. Mehrere Hundert Freiwillige seien bereits unter den Studenten angeworben worden.

Die politischen Geheimverträge Oesterreich-Ungarns von 1879—1914.

Für eine tiefere Erkenntnis der inneren Ursachen des Weltkrieges ist ein Werk von Bedeutung, das der Wiener Universitätsprofessor Alfred Francis Pribram im Verlage von Braumüller demnächst erscheinen läßt. Er veröffentlicht darin u. a. auch die Verträge des Dreibundes, über deren Inhalt verschiedentlich noch Zweifel bestanden.

Der erste Dreibundvertrag mit fünfzehnjähriger Dauer wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet. Er verpflichtete in seinem zweiten Artikel Deutschland und Oesterreich-Ungarn, Italien mit ihrer ganzen Kriegsmacht zur Hilfe zu eilen, wenn es, ohne provoziert zu haben, von Frankreich angegriffen würde. Eine entsprechende Verpflichtung Deutschland gegenüber nahm nur Italien, nicht aber Oesterreich-Ungarn, auf sich. Würde Oesterreich-Ungarn, ohne provoziert zu haben, von Rußland allein angegriffen, so war Italien nur zur wohlwollenden Neutralität verpflichtet. Eine Garantie des wechselseitigen Besitzstandes war in dem ersten Dreibundvertrage nicht enthalten. Sein Defensivcharakter kam hauptsächlich auch darin zum Ausdruck, daß in einem Zusatzprotokoll ausdrücklich betont wurde, der Dreibund verfolge keine englandfeindliche Tendenz.

Italien war der erste Staat, der bei der Erneuerung des Vertrages 1887 offensive Gesichtspunkte mit hineinzubringen versuchte. Damals weigerte sich das Wiener Kabinett entschieden, Verpflichtungen zu übernehmen, die zu einem Kriege mit Frankreich führen könnten, und auch Bismarck war bestrebt, Deutschland von einer aktiven Teilnahme an etwaigen Balkankriegen fernzuhalten. Man einigte sich schließlich dahin, daß 1887 drei Verträge geschlossen wurden, deren dritter Deutschland verpflichtete, Italien auch dann zu unterstützen, falls es durch Frankreichs Vorgehen in Tripolis oder Marokko sich zum Angriff auf die dortigen oder europäischen Besitzungen Frankreichs genötigt sehen sollte. Auch versprach Deutschland, nach erfolgreicher Beendigung eines solchen gemeinsam gegen Frankreich geführten Krieges italienische Gebietserwerbungen zu unterstützen. Italien schloß übrigens mit Frankreich später einen Sondervertrag über Tripolis.

Der dritte Dreibundvertrag von 1893 erneuerte in der Hauptsache die Abmachungen von 1887; doch wurde Deutschlands Eintreten für die italienischen Interessen in Nordafrika genauer bezeichnet und die Absicht ausgesprochen, hierüber ein Einvernehmen mit England herzustellen, das sich bereits 1887 mit Oesterreich-Ungarn und Italien über die Aufrechterhaltung des türkischen Besitzes im Orient geeinigt hatte. Die besonders von Italien gewünschte Annäherung Englands an den Dreibund erreichte damit 1891 ihren Höhepunkt.

Mit dem Einsetzen von Konflikten zwischen England und Deutschland begann die Lockerung des Dreibundes. Schon bei seiner Erneuerung 1896 erklärte Italien, es könne an einem Kriege gegen England und Frankreich gemeinsam nicht teilnehmen. Trotzdem wurde der Vertrag noch zweimal, 1902 und 1912, unverändert erneuert. 1912 wurde die Souveränität Italiens über Tripolis anerkannt, ebenso die Vereinbarungen von 1901 und 1909 über Albanien.

Bestimmte militärische Abmachungen haben die Dreibundverträge nicht enthalten. Jedoch war in Artikel 5 des Vertrages von 1882 bestimmt, daß die Verbündeten sich über die militärischen Maßnahmen rechtzeitig einigen sollten. Eine italienisch-deutsche Militärkonvention von 1888 nahm die Verwendung italienischer Truppen gegen Frankreich in Aussicht, während eine entsprechende Abmachung zwischen Oesterreich und Italien über die Verwendung italienischer Truppen gegen Rußland über Entwürfe nicht hinausgekommen ist. Ueber die Beteiligung der Flotten wurde eine Marinekonvention 1900 abgeschlossen, die 1913 dahin ergänzt wurde, daß als Hauptziel die Beherrschung des Mittelmeeres und die Verhinderung des Transports französischer Truppen aus Afrika nach Europa erschien.

Das neue Werk bedeutet eine wesentliche Bereicherung unserer Kenntnis und läßt wiederum erkennen, in wie hohem Grade der Wert des Dreibundes von den zwischen Deutschland und England bestehenden Beziehungen abhing. S.

Ein Buch Luzzattis über seine Politik.

tu. Lugano, 22 Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Luzzatti hat seinen Bericht über den Versailler Frieden in Buchform erscheinen lassen. In einer Vorrede verteidigt er sich gegen den ihm gemachten Vorwurf zu großer Milde gegen Deutschland. Gegen das „Fatale deutsche Volk" habe er alle Strenge geübt, aber er rühme sich doch, daß er die Zulassung der Deutschen und Oesterreicher zum internationalen Kongreß in Amerika durchgesetzt habe. Die Verbündeten hätten begriffen daß die zu übernehmenden Verpflichtungen international sein müßten, sollten sie sich nicht in ein Vorrecht für diejenigen Völker verwandeln die nicht den Achtungsmantel anerkennen wollen was das einem in dem internationalen Arbeitsobiammen nicht eingetragen fiel dem Deutschland hätte der Fall sein können.

Hinsichtlich der Befragungen der angeschuldigten Personen sprach sich Luzzatti gegen den Kaiserprozeß aus, wiederum nicht aus Milde, sondern aus Achtung gegen das öffentliche und private Recht. Es genüge, darüber zu wachen, daß der Kaiser oder der Kronprinz nicht wieder zur Herrschaft gelangen.

Arbeitsökonomie.

Von

Dr. oec. publ. **M. Kahle.**

Andauernde Streikbewegung und allgemeine Arbeitsmüdigkeit sind als Kriegsfolgen international zurückgeblieben, die lasten besonders schwer auf dem deutschen Wirtschaftsleben. Ueber die tieferen Ursachen gehen die Ansichten von Ins- und rechts in Deutschland weit auseinander. Einigkeit herrscht aber fast allseitig darüber, daß nur eine erhöhte nationale Produktion das Volk aus der Gegenwartsnot herausführen und es zu neuem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt kräftigen könnte. Ein Schlagwort wird da verheißungsvoll in die Debatte geworfen. Das Taylorsystem soll die Möglichkeit schaffen, die Leistung des einzelnen und damit den Nutzeffekt der gesamten Arbeit um die Hälfte und mehr zu erhöhen. Was ist daran zu erwarten?

Der alte, tief eingewurzelte Widerstand der Arbeiter gegen den Taylorismus beginnt glücklicherweise nachzulassen. Das Erkennen mehrt sich, daß der Grundcharakter dieses Systems keine neue amerikanische Methode ist, sondern nur die bewußte und durchgebildete Anwendung eines uralten, in der Kulturgeschichte der Menschheit verankerten Strebens, die Anwendung des ökonomischen Prinzips, das heißt der Forderung, mit dem geringstmöglichen Aufwand an Kraft, Stoff und Zeit die höchstmögliche Leistung zu vollbringen. Soweit diese wirtschaftliche beste Verwertung der menschlichen Produktivkraft am Arbeitsprozeß erfolgt, können wir von einem Prinzip der „Arbeitsökonomie" sprechen.

Das Taylorsystem war für die Arbeiter früher nur ein neues Unternehmersystem, das eine größere Ausbeutung der Arbeiterschaft bezweckte. Die Gewerkschaften lehnten es ab, weil es den Arbeiter zur Maschine herabwürdige. Noch im Jahre 1913 schrieb der „Vorwärts": „Den Arbeitern droht aus der Einführung des Taylorsystems die Erziehung zum Stumpfsinn und zur Unterdrückung ihrer geistigen Fähigkeiten. Eine derartige Herauspressung des physiologischen Maximums von Arbeitsenergie aus dem Arbeiter kann von verheerender Wirkung sein."

Daß aber eine Weiterbildung des wirtschaftlichen Prinzips im Arbeitsprozeß nicht Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, sondern nur ihre der Leistungsfähigkeit des einzelnen angepaßte Ausnutzung und somit eine Oekonomie des menschlichen Organismus bringt, wurde im Gegensatz zu der obigen Aeußerung auch schon damals von der Arbeiterpresse betont. So schrieb das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" in einem Beitrag über das Taylorsystem im Juli 1913: „Das Bestreben, weniger zu arbeiten und mehr zu leisten, mit einem Minimum von Kraftaufwand ein Maximum von Erfolg zu erreichen, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Menschheitsgeschichte und ist die eigentliche Triebkraft der menschlichen Entwicklung."

Diesen metaphysischen alten Kulturgedanken durch Beschäftigung mit den Methoden des Zeitalters unseres und der Psychologie und Physiologie der Arbeit für den Alltag unserer Wirtschaft neu zu beleben, nicht aber Taylorismus und amerikanische Betriebswissenschaft in skavischer Nachahmung bei uns einzuführen, ist heute eine der notwendigsten Wirtschaftsaufgaben in Deutschland. Der Industrielle, der Arbeiter, der Techniker, der praktische Volkswirt, sie alle können hierbei Hand in Hand arbeiten. In der Freude am Erreichten und in der Aussicht auf neue Möglichkeiten erweiterter Arbeitsökonomie wird sich allen das Bewußtsein wecken, daß nicht der wirtschaftliche Kampf aller gegen alle, sondern nur das ehrwürdige biologische Prinzip der gegenseitigen Hilfe uns durch Arbeit wieder aufrichten kann.

Der volkswirtschaftliche Nutzen der erhöhten Leistung in der Rohstoffverdeutung und in der Fabrikation in umbestritten. Doch ist die menschliche Erkenntnis vielfach heute noch nicht so weit entwickelt, daß sie das ökonomische Prinzip in seinem volks- und weltwirtschaftlichen Ausstrahlungen vertiefen gelernt hat. Wie wenigen ist es während des Krieges klar gewesen, daß mit jedem Abschnitt einer Granate, zu deren Herstellung Material und Arbeit verbraucht war die in ihrer Explosivwirkung nur Zerstörung hervorbringen konnte, die Wirtschaft jedes der beteiligten Völker unabhängig von Sieg oder Niederlage um ein Teil ärmer werden mußte? Als Kriegsfolgen sind darum Finanznot und Teuerung so international wie Streiks und Wirtschaftskämpfe, und die Wirtschaftsnot Deutschlands ist zweifellos nur ein Teilproblem der Notlage ganz Europas. Lösung der Krisis bringt nur Arbeit und in der Arbeit gesteigerte Intensität der Leistung am Arbeitsprodukt. Durch erhöhte Produktion von Roh- offen und Betriebsstoffen allein wird die Wirtschaft belebt, werden neue Bedürfnisse geweckt, wird die Zirkulation beschleunigt, wird der Konsum vermehrt, dadurch entsteht auch die Lage des Arbeitsmarktes gebessert und können die unproduktiven Ausgaben der Erwerbslosenfürsorge eingeschränkt werden.

Die Arbeitsökonomie als Wissenschaft sucht nach in den einzelnen Angaben ihrer Entwicklung. Soweit eine Rationalisierung des Arbeitsprozesses im Laufe der Kulturentwicklung erfolgt ist, geschah sie ohne eine einzelnen Methodik. In der Zukunft aber wird die Arbeitsökonomie als Wirtschaftswissenschaft von höchstem Wert sein. Sie wird sich hauptsächlich zu befassen haben mit der Durchbildung des wertmäßigen Arbeitsprozesses, mit der Berufseignung der einzelnen Arbeitskraft und mit der Erhöhung der persönlichen Arbeitsleistung.

Die wirtschaftliche Durchbildung des Arbeitsvorganges in Industrie und Handwerk hat hauptsächlich zu geschehen durch die drei Methoden der Spezialisierung, der Typisierung und der Normalisierung. In der Schaffung bestimmter Typen und Normen und in der Spezialisierung der Fabrikation ist schon die amerikanische Industrie tatsächlich vorangegangen. In einigen Industriebetrieben Deutschlands hat man zwar im letzten Jahrzehnt daraus wertvolle Anregungen gezogen, allgemein aber war der Aufschwung der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege von einer unwirtschaftlichen Anarchie im Arbeitsvorgang begleitet. Der Konkurrenzkampf führte viele Betriebe auf den falschen Weg, durch größtmögliche Ausdehnung ihrer Fabrikation auf vielerlei Eigenartikel und durch Schaffung einer Anzahl von Typen, sich einen größeren Absatzkreis zu sichern. Die Folge war, daß viele Betriebe unwirtschaftlich arbeiteten. Da außerdem eine Einigung auf Normalmaße in Fabrikationsteilen nicht vorhanden war, bereitete die Reparatur von Maschinen und anderen wertvollen Industrieerzeugnissen häufig die größten Schwierigkeiten.

Zur Zukunft muß durch Organisation der industriellen Produktion dahin gezielt werden, daß der Arbeitsplan jeder Fabrik möglichst auf die Herstellung nur weniger Erzeugnisse